

MANIFEST

«FÜR EINE SOZIAL NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT» !

Erinnern Sie sich an El Ejido...

Erinnern wir uns: im Februar 2000 gehen Bürger der Andalusischen Stadt El Ejido gegen die dort lebenden Landarbeiter vor. Eine regelrechte Menschenjagd fordert über 60 Verletzte, Unterkünfte der Landarbeiter werden demoliert, Menschenrechte massiv verletzt.

Die rassistischen Unruhen haben der Öffentlichkeit die menschenunwürdigen Zustände vor Augen geführt, in welchen die Landarbeiter leben und arbeiten. Unter gut 35'000 Hektaren Plastiktreibhäuser arbeiten mehrere Tausend ausländische Arbeiter, meistens so genannte „Sans-papiers“. In der Region um El Ejido werden gut 80 Prozent des Frischgemüses produziert, das im Winter in den westeuropäischen Supermärkten verkauft wird. Es sind vor allem Menschen aus Marokko, die unter ausbeuterischen Bedingungen leben und arbeiten. Tiefstlöhne, sehr hohe Arbeitszeiten, miserable Wohnbedingungen, fehlende sanitäre Einrichtungen ohne Trinkwasserversorgung sind die Regel. Dazu kommt die tägliche Beeinträchtigung der Gesundheit durch die eingesetzten Agrochemikalien in den intensiven Hors-sol Kulturen.

Heute, vier Jahre später, ist die Situation immer noch gleich dramatisch. Die Diskriminierung und die Aggressionen gegen die marokkanischen Arbeiter

gehen weiter. Das „grüne Gold“ zieht weiterhin viele ImmigrantInnen aus Afrika, Lateinamerika und neuerdings vermehrt aus Osteuropa an. Die Betriebsleiter benützen die rechtlose Situation der illegal Eingereisten, um ihnen Löhne weit unter dem gesetzlichen Minimum zu zahlen.

Das menschliche Elend und die ökologische Katastrophe in der Region – durch Spritzmittel verschmutzte Böden und kontaminiertes Trinkwassers – hindert die Befürworter liberalisierter Agrarmärkte und die Behördenvertreter nicht daran, El Ejido weiterhin als ein ökonomisches Wunder zu preisen.

Wer Elend sät...

In den vergangenen fünfzehn Jahren erhöhte die internationale Gemeinschaft den Druck für eine Liberalisierung der Agrarmärkte. Tiefe Transportkosten, sinkende Produzentenpreise und die offenen Märkte lassen alle Produzenten verschwinden, die sich den zunehmenden Zwängen nicht anpassen können oder wollen. In Spanien wird entgegen den optimistischen Erwartungen der Behörden der Druck auf die eigene Landwirtschaft weiter zunehmen, denn in Marokko werden zunehmend Gemüse und Früchte zu noch tieferen Preisen produziert als in Spanien! In gewissen Ländern des Südens verursacht die Öffnung der Märkte, vorgeschrieben von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds durch ihre Strukturanpassungsprogramme, das Verschwinden grosser Teile der einheimischen Nahrungsmittelproduktion zugunsten der Exportprodukte (cash crops). In der

Schweiz sind in den letzten zehn Jahren über ein Viertel der landwirtschaftlichen Betriebe aufgegeben worden, die Einkommen stagnieren bei steigenden Arbeitszeiten. Notwendige Investitionen und Amortisationen werden auf vielen Landwirtschaftsbetrieben nicht mehr getätigt.

Die Gewinner dieser Entwicklung sind die Nahrungsmittelindustrie, die Grossverteiler und die Agrochemie. Die Produzenten stehen einigen wenigen Grossverteilern gegenüber, welche die Preise diktieren. Dadurch stehen die Erlöse auf Produzentenseite unter Druck mit der Folge, dass die am Schluss der Kette stehenden LandarbeiterInnen die Hauptleidtragenden sind. Sie bezahlen diese Entwicklung mit Arbeitsbedingungen, die gegen geltende Arbeitsgesetze verstossen.

Nur gut 20 Prozent der Schweizer Landwirte beschäftigen zusätzliche Arbeitskräfte neben den familieneigenen. Die Arbeitsbedingungen der Angestellten variieren stark und sind abhängig vom Arbeitsort und dem Betätigungsfeld, wie der Arbeit im Gemüse und Tabakanbau, im Rebberg oder in der Alpwirtschaft. In der Schweiz existiert kein einheitlich verbindlicher rechtlicher Rahmen für die Landwirtschaft, da diese nicht dem Arbeitsgesetz untersteht. Jeder Kanton hat seine eigenen Regelungen, die von

Kanton zu Kanton stark variieren. So bestimmt das Gesetz im Kanton Zürich eine wöchentliche Arbeitszeit von maximal 60 bis 66 Stunden bei einem Lohn von minimal 2915 Franken, in Genf hingegen sind vertraglich maximal 49 Arbeitsstunden pro Woche zu einem Lohn von minimal 3040 Franken festgelegt. Dies ergibt eine Differenz zwischen diesen beiden Kantonen von über 30 Prozent ! (2005)

...erntet Widerstand !

Landwirtschaftliche Organisationen, Gewerkschaften und Konsumentenschutz verbinden sich in diesem Manifest um die sozialen Missstände anzuprangern, die durch die Niedrigpreispolitik der Grossverteiler verursacht werden!

Wir intervenieren bei den Behörden, den Handelsketten und den Grossverteilern, den landwirtschaftlichen Verbänden, den Arbeitgebern und den Gewerkschaften und fordern :

- die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der landwirtschaftlichen Angestellten in der Schweiz. Wir wollen die ungerechten kantonalen Unterschiede aufheben und fordern eine Unterstellung in ein national einheitliches Recht. Dazu gehört ein allgemeinverbindlicher Gesamtarbeitsvertrag und die Bindung der Direktzahlungen an das Einhalten arbeitsrechtlicher Bedingungen ;
- die Regularisierung der in der Landwirtschaft beschäftigten "Sans-Papiers" ;
- die Verpflichtung der Grossverteiler ihre Einkaufspolitik so zu ändern, dass alle an der Wertschöpfung beteiligten landwirtschaftlichen ArbeiterInnen in der Schweiz wie im Ausland, gerechte Arbeitsbedingungen vorfinden;

- die Einführung von Richtlinien für gerechte Arbeitsbedingungen in alle bestehenden Labels.

Wir engagieren uns für eine nachhaltige Landwirtschaft, das bedeutet:

- Wir suchen nach Alternativen zur aktuellen Logik der Konkurrenz zwischen Produzenten, Regionen und Länder und der ungerechten Verteilung des Reichtums.
- Wir üben Druck aus damit der Nahrungsmittelhandel durch ein internationale Instanz reguliert wird, basierend auf dem Recht der Nahrungsmittelsouveränität der Länder, dem Respekt der internationalen Menschenrechts-konventionen und der Einhaltung ökologischer Auflagen.
- Wir verteidigen das Recht auf Nahrungsmittelsouveränität, das heisst, das Recht jedes einzelnen Landes seine notwendigen Nahrungsmittel soweit als möglich selber zu produzieren.
- Wir befürworten eine Landwirtschaft der Nähe.

Unterzeichnende Organisationen des Manifests « Für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft » :

Landwirtschaftliche Organisationen :

Uniterre, BIO SUISSE, Bioforum-Möschberg, Schweizerische Vereinigung zum Schutz der kleinen und mittleren Bauern (VKMB), KAG-Freiland, Jardins de Cocagne Genève, Schweizer Bergheimat, aspaari, Longo Mai

KonsumentInnenorganisationen :

Fédération romande des consommateurs (FRC), Associazione consumatrici della Svizzera italiana (ACSI)

Gewerkschaften :

Unia, Syndicat interprofessionnel de travailleuses et travailleurs Genève (SIT), *l'autre syndicat* La Côte

Organisationen zur Verteidigung der MigrantInnen :

Europäisches Komitee für die Verteidigung der Flüchtlinge und MigrantInnen (CEDRI), Europäisches Bürgerforum (EBF)

Politische Parteien :

Partei der Arbeit Schweiz-PdA, Grüne Partei der Schweiz, Sozialdemokratische Partei der Schweiz, JungsozialistInnen Schweiz JUSO

Andere :

Ass. économie-écologie pour un développement durable Genève AEE+DD, attac Valais, Réalise GE

und Einzelpersonen

Stand : 16. Juni 2006

Mit der Unterstützung der Stadt Genf – Departement für Kultur

Sind Sie interessiert ?

Wollen Sie der Plattform beitreten ?

Wünschen sie Informationen...

Wenden Sie sich an :

Plattform für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft

14, Mauverney, 1196 Gland

022 362 69 88 oder 079 509 31 10

Mail : agrisodu@bluewin.ch,

ccp 17-747 905-1



PLATTFORM FÜR EINE SOZIAL NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT